AGO-Insolvenz: Gewerkschaft younion fordert Stadt Wien auf Dienstposten zu schaffen

2015-12-03 12:50

Jetzt geht es darum die Rechte der ArbeitnehmerInnen zu schützen

younion _ Die Daseinsgewerkschaft hat bereits seit Jahren davor gewarnt, dass sensible Dienstleistungen wie z.B. jene im Gesundheitsbereich nicht ausgelagert werden dürfen. "An erster Stelle steht jetzt für uns die Rechte der ArbeitnehmerInnen zu schützen. Gemeinsam mit dem Sozialministerium, der Stadt Wien und dem Krankenanstaltenverbund müssen wir Lösungen für die über 200 Bediensteten finden – und das so rasch wie möglich", sagt younion-Vorsitzender Christian Meidlinger anlässlich der im Raum stehenden Insolvenz des Personaldienstleisters AGO.

"So kurz vor Weihnachten ist es besonders bitter wenn die über 200 MitarbeiterInnen des Personaldienstleisters AGO kein Gehalt und keine Sonderzahlung ausbezahlt bekommen. Wir fordern die Stadt Wien auf, dass sie Dienstposten für die ArbeitnehmerInnen, die überwiegend in der IT des Wiener Krankenanstaltenverbunds (KAV) und des AKH tätig sind, schafft", fordert Susanne Jonak von der Hauptgruppe II – Wiener Krankenanstaltenverbund in der younion. Jonak warnt eindringlich davor, dass jene Dienste erneut an eine private Firma vergeben werden. "Die Stadt Wien darf denselben Fehler nicht erneut machen. Besonders im sensiblen Gesundheitsbereich dürfen Dienstleistungen nicht an Private ausgelagert werden."

"Wir lassen die ArbeitnehmerInnen jedenfalls nicht im Regen stehen. Wir übernehmen die rechtliche Vertretung", stellt Meidlinger klar.